

Für eine Transformation des Verkehrssektors nach der Corona-Pandemie

Grundpfeiler eines grünen Neustarts im Verkehr

1. Konjunkturmaßnahmen für den wirtschaftlichen Neustart in Deutschland und Europa müssen zielgerichtet in klimafreundliche Mobilität fließen und den grünen Strukturwandel im Verkehrssektor auslösen bzw. beschleunigen.
2. Das Pariser Klimaschutzabkommen und die sich daraus ergebenden Anforderungen sind die Richtschnur für die Ausgestaltung nachhaltiger Konjunkturprogramme. Es muss sichergestellt sein, dass keine falsche Zementierung klimaschutzfeindlicher Technologien erfolgt, sondern die Mittel für die Erreichung der Klimaschutzziele verwendet werden.
3. Angesichts der verstärkenden Wirkung von Luftbelastung im Zusammenhang mit Covid-19 Erkrankungen sind Sofortprogramme zur Minderung der Luftbelastung mit Partikeln und Stickstoffdioxid erforderlich. Zu diesen zählen effektive Hardware-Nachrüstungen für Diesel-Pkw, Nutzfahrzeuge und Busse mit funktionierenden NOx-Katalysatoren sowie Nachrüstprogramme für Partikelfilter für Benzinfahrzeuge sowie off-road Maschinen und Fahrzeuge.

Konkrete Forderungen

Automobilwirtschaft

- Die Deutsche Umwelthilfe fordert: **Keine neuen Kaufanreizprogramme für Pkw**. Die bestehenden Förderprogramme für batterieelektrische Fahrzeuge bedürfen ebenfalls keiner Aufstockung, sondern sollten auf reine BEVs konzentriert werden. Angesichts von 66 Mrd. Euro Gewinn (EBIT) in 2018+2019 (BMW, Daimler, VW) muss die deutsche Automobilwirtschaft anders als andere Branchen auf Steuergeld verzichten.
- **Effektive Hardware-Nachrüstungen** für Bestandsfahrzeuge: Diesel-Pkw, Nutzfahrzeuge und Busse mit funktionierenden NOx-Katalysatoren sowie Partikelfilter für Benzinfahrzeuge und Off-road Maschinen und Fahrzeuge würden den Menschen, die sich kein neues Auto kaufen wollen oder können genauso helfen wie den mittelständischen Werkstätten und Serviceeinrichtungen und gleichzeitig sicherstellen, dass die Schadstoffemissionen aus dem Straßenverkehr sinken.

Fiskalische Instrumente und Ordnungsrecht

- Der Ölpreis ist auf ein historisches Tief gesunken. Vor diesem Hintergrund sollten durch eine **Anpassung der Energiesteuer** für Kraftstoffe auf Rohölbasis und damit Sicherstellung eines Mindestpreises pro Liter sowohl Rebound-Effekte verhindert als auch zur Finanzierung der Corona-bedingten hohen Finanzaufwendungen der öffentlichen Hand beigetragen werden.
- Der **Abbau umweltschädlicher Subventionen** wie etwa jährlich 8 Mrd. Euro für Dieselmotoren, 7 Mrd. Euro bei Kerosin sowie 5 Mrd. Euro für die Pendlerpauschale. Weitere Milliarden sind einsparbar bei der Beseitigung der Dienstwagensubventionen für Fahrzeuge mit erhöhten CO₂-Emissionen zur Finanzierung der Verkehrswende.
- Eine Absenkung der auf Autobahnen und Außerortsstraßen zulässigen **Höchstgeschwindigkeit auf Tempo 100/120 bzw. Tempo 80** stärkt die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Automobilwirtschaft bei der zukünftig wettbewerbsentscheidenden (teil-)autonomen Kompetenz.

Öffentlicher Personenverkehr (ÖPV)

- Die DUH fordert ein **ÖPNV-Sonderprogramm**, das den ländlichen Raum einschließt. Nach Schweizer Vorbild Einführung eines Taktfahrplans mit ausreichenden Mindestangeboten an Bahn, Bus und Tram. Wichtige Komponente des Programms sind ausreichende Mittel für die Wiederinstandsetzung der zum Teil nicht ausreichend gewarteten Infrastruktur.
- Bundesweite Einführung von **365 Euro ÖPNV-Tickets** zur Steigerung der Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel. Hierzu Ausgleich der Einnahmeverluste durch eine entsprechende Erhöhung der GVFG Mittel.

Schiene

- Zur Stärkung der Schiene bedarf es der Aufnahme aller konkret vorliegenden **Schienelektrifizierungsplanungen der Länder in den Bundesverkehrswegeplan** und der Einrichtung eines **Baukonjunkturfonds „Elektrifizierung Schieneninfrastruktur für Güter- und Personenverkehr“**. Allein um die im Koalitionsvertrag verankerte Absicht von 70% elektrifizierten Schienenstrecken bis 2025 erreichen zu wollen, muss die derzeitige Ausbaugeschwindigkeit für die Jahre 2020-2025 um 700% gesteigert werden. Bis 2030 sollten 100% der

Schienenstrecke nach Schweizer und dann österreichischen Vorbild voll-elektrisch befahrbar sein.

- Einrichtung eines **Sonderinfrastrukturprogramms „Güterverkehr Schiene“** zur beschleunigten Ertüchtigung insbesondere auch grenzüberschreitender Güterstrecken mit moderner Signal- und, Sicherheitstechnik, Elektrifizierung der Oberleitungen und Neuschaffung moderner Güterverladeinfrastruktur.
- Ein attraktives klimafreundliches Mobilitätsangebot über Nationalgrenzen hinweg erleichtert die unumgängliche Reduktion des Kurzstrecken-Flugverkehrs. Dies erfordert den **beschleunigten Ausbau internationaler Schnellstrecken und Nachtzugverbindungen** im Zusammenspiel mit einem europäischen Investitionsprogramm in die Schiene.
- Grundsätzlich sollten mindestens **zwei Drittel der Verkehrsinfrastrukturausgaben für die Schiene** und nur ein Drittel für die übrigen Verkehre ausgegeben werden.

Liefer- und Warenverkehr

- Das Potential für **kommunalen Lieferverkehr mit dem Lastenrad** ist enorm: Einer Studie des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt zufolge könnten bis zu 85% der Autokurierfahrten durch Fahrräder bzw. Lastenräder mit und ohne elektrischem Zusatzantrieb ersetzt werden. Dem trägt eine Erhöhung bestehender Kaufprämien für Lastenräder, v.a. für den städtischen Kurier- und Lieferdienst Rechnung.
- **Förderprogramm für die Anschaffung rein batterieelektrischer elektrifizierte Lieferfahrzeuge**, ausgestattet mit klaren Effizienzkriterien, beschleunigen den Austausch emissionsintensiver Fahrzeuge mit hoher jährlicher Fahrleistung durch effiziente batterieelektrifizierte Neuwagen.

Radverkehr

- Ein **Sonderprogramm „Fahrrad-Straßen“** stellt kurzfristig Kommunen und Ländern notwendige Infrastrukturmittel **für die dauerhafte Umwidmung** von Verkehrsflächen für den Fahrradverkehr zur Verfügung. **Deutlich verstärkte Investitionen in Planung und Ausbaus von sicheren, komfortablen und direkten Radwegenetzen** tragen der aktuellen Steigerung des Radverkehrs um 250% Rechnung. Dafür sind die bereits zugestandenen Fördermittel für den Ausbau von Radwegen und sicheren Fahrradparkplätzen zu erhöhen.

- Die Einrichtung von **Pop-up Fahrradspuren** ist eine kostengünstige und in kürzester Zeit umsetzbare Maßnahme, die es den Menschen ermöglicht, notwendige Wege sicher mit dem Fahrrad zu erledigen und sich dabei an der frischen Luft zu bewegen. Dazu bedarf es **kurzfristig** während der Corona-Pandemie zu gewählender **Bundesmittel**.

Stand: 5. Mai 2020

Deutsche Umwelthilfe e.V.

Bundesgeschäftsstelle Radolfzell
Fritz-Reichle-Ring 4
78315 Radolfzell
Tel.: 0 77 32 9995 -0

Bundesgeschäftsstelle Berlin
Hackescher Markt 4
Eingang: Neue Promenade 3
10178 Berlin
Tel.: 030 2400 867-0

Ansprechpartner

Dorothee Saar
Bereichsleitung Verkehr und Luftreinhaltung
Tel.: 030 2400 867-72
E-Mail: saar@duh.de

 www.duh.de  info@duh.de  [umwelthilfe](https://twitter.com/umwelthilfe)  [umwelthilfe](https://facebook.com/umwelthilfe)

 Wir halten Sie auf dem Laufenden: www.duh.de/newsletter-abo

 Die Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH) ist als gemeinnützige Umwelt- und Verbraucherschutzorganisation anerkannt. Sie ist mit dem DZI-Spendensiegel ausgezeichnet. Testamentarische Zuwendungen sind von der Erbschafts- und Schenkungssteuer befreit.

Wir machen uns seit über 40 Jahren stark für den Klimaschutz und kämpfen für den Erhalt von Natur und Artenvielfalt. Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit mit Ihrer Spende – damit Natur und Mensch eine Zukunft haben. Herzlichen Dank! www.duh.de/spenden